



FDP Bayern – Rindermarkt 6 – 80331 München

Bayerischer Richterverein e.V.
Herrn Walter Groß
1. Vorsitzender
Amtsgericht Nürnberg
Flaschenhofstraße 35
90402 Nürnberg

Thomas Hacker, MdL
Stellv. Landesvorsitzender
Fraktionsvorsitzender

München, 16. April 2013

Fragen zur Landtagswahl

Sehr geehrter Herr Groß,

vielen Dank für die Übersendung der Fragen des Bayerischen Richtervereins, die ich sehr gerne im Namen der bayerischen FDP beantworte.

1. Halten Sie die gegenwärtige Arbeitsbelastung der Richter und Staatsanwälte für zumutbar? Was wollen Sie unternehmen, um die Funktionsfähigkeit der bayerischen Justiz einschließlich der Fachgerichtsbarkeiten auf Dauer zu sichern?

Dass in Bezug auf die Arbeitsbelastung in Bayern die Lage angespannt ist, lässt sich nicht abstreiten. Aufgrund der immer weiter steigenden Verfahrenszahlen, ist die Arbeitsbelastung der Richter und Staatsanwälte überdurchschnittlich hoch.

Die Liberalen in Bayern haben sich in den vergangenen vier Jahren für eine Verbesserung der Lage eingesetzt. Bereits im Rahmen der Koalitionsverhandlungen haben wir für eine bessere Personalausstattung gekämpft und mit 400 zusätzlichen Stellen in der bayerischen Justiz einen Anfang gemacht. Dennoch fehlen in Bayern noch immer Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger. Eine unabhängig, schnell, qualifiziert und bürgernah arbeitende Justiz ist jedoch ein wichtiger Standortfaktor. Wir setzen uns für den Erhalt und die Verbesserung der Attraktivität des Rechts- und Justizstandorts Bayern ein, indem wir weitere Stellen für die Beschäftigten in der Justiz schaffen wollen. Darin sehen wir eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Der Blick auf den bundesweiten Vergleich, auf die objektiven Daten zeigt jedoch, dass die Justiz in Bayern besser arbeitet, als ihr mitunter unterstellt wird. Gerade bei der durchschnittlichen Verfahrensdauer nimmt Bayern den Spitzenplatz im bundesweiten Vergleich ein.

Die Beschäftigten in der Justiz können darauf vertrauen, dass wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen werden. Gerade wir Liberale nehmen als Rechtsstaatspartei den verfassungsrechtlichen Anspruch auf ein zügiges Verfahren ernst.

Einen wichtigen Beitrag zur Entlastung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der bayerischen Justiz sehen wir auch in der außergerichtlichen Streitbeilegung. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Schlichtungsgesetz unbefristet verlängert wird und wir setzen uns weiter für einen verbesserten Ausbau von Maßnahmen zur freiwilligen außergerichtlichen Streitbeilegung ein, um den Betei-

